

Ingenieurvertrag über Planungsleistungen

Entwicklung Areal Sietas (EAS)

Objektplanungs- und Ingenieurleistungen für ein gesamtheitliches Entwicklungs- und Erschließungskonzept (EEK)

EAS-008

zwischen

Freie und Hansestadt Hamburg (FHH)

Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG)
Millerntorplatz 1
20359 Hamburg

vertreten durch

ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH
Überseeallee 1
20457 Hamburg

- nachstehend **AG** genannt -
und

[REDACTED]

- nachstehend **AN** genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorbemerkung</i>	3
<i>§ 1 Gegenstand und Zielsetzung des Vertrages</i>	3
<i>§ 2 Vertragsbestandteile und Grundlagen der Bearbeitung</i>	4
<i>§ 3 Beschaffenheit des Werkes</i>	4
<i>§ 4 Leistungen des AN</i>	5
<i>§ 5 entfällt</i>	6
<i>§ 6 Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten</i>	6
<i>§ 7 Termine und Terminplanung</i>	7
<i>§ 8 Honorar</i>	8
<i>§ 9 Haftung, Versicherung</i>	9
<i>§ 10 Ergänzende Vereinbarungen</i>	9
<i>§ 11 Schlussbestimmungen</i>	10

Vorbemerkung

Nach einer bewegten Geschichte um die Traditionswerft Sietas in Hamburg-Neuenfelde, die mit mehreren Insolvenzen und zuletzt einem Zwangsversteigerungsverfahren endete, soll das Werftgelände einer neuen industriellen Nutzung zugeführt werden.

Hierzu hat der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) im November 2025 das gesamte Werftgelände am Neuenfelder Fährdeich mit einer Gesamtfläche von 147.690 m² erworben. Das Areal soll freigeräumt und geeignet hinsichtlich der Straßen- und Leitungsträgeranbindung erschlossen werden und im Anschluss an einen Nutzer zur weiteren Bebauung (Suprastruktur) übergeben zu werden. Der Standort soll für eine mögliche Nachnutzung z.B. als Logistikfläche ertüchtigt werden.

Das Gelände der ehemaligen Sietas Werft befindet sich in Hamburg-Neuenfelde, Neuenfelder Fährdeich 88 in 21129 Hamburg.

Zum Werftgelände gehören folgende Flurstücke, die teilweise mit Gebäuden und werfttypischen Anlagen sowie reliktsicher Bausubstanz bebaut sind: Gemarkung Hasselwerder: FS 68, 2136, 3200, 3202, 3415, 3421, 3422, 3423 und 3424 sowie Gemarkung Cranz: FS 794

Auf dem Areal befindet sich der denkmalgeschützte Portalkran Jucho als weit sichtbare Landmarke. Ensembleschutz mit zugehörigen Anlagenteilen und die Möglichkeit der Weiternutzung sind Teil der Entwicklungsplanung für das Areal.

Das Gelände ist für eine gewerbliche Nutzung ausgewiesen, derzeit ist ein überwiegender Leerstand und nur noch eine geringe Teilnutzung vorzufinden. Die Sprinkenhof GmbH ist vom LIG mit der Vermietung und Verkehrssicherung der Hallen und des Werftgeländes beauftragt. In den Hallen und auf dem Werftgelände befinden sich Zubehör, Maschinen- und Betriebseinrichtungen. Diese sollen separat abverkauft werden. Welche Hallen abgerissen werden sollen, ob eine Verwertung der Gebäudebaustoffe mögliche ist und wie mit den dann verbliebenen Relikten des Werftstandortes umzugehen ist, wird im Rahmen der Entwicklungs- und Erschließungsplanung für das Areal festgelegt.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Parteien was folgt:

§ 1 Gegenstand und Zielsetzung des Vertrages

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Durchführung einer Machbarkeitsuntersuchung einschließlich der Erstellung und Übergabe eines gesamtheitlichen Entwicklungs- und Erschließungskonzepts (EEK) samt aller dafür erforderlichen Koordinierungs-, Steuerungs-, Gutachter- und Planungsleistungen (Objektplanungs- und Ingenieurleistungen) für die folgenden Maßnahmen des ca. 15 ha große Geländes der ehemaligen Sietas Werft in Hamburg- Neuenfelde inklusive der dazugehörigen besonderen und zusätzlichen Leistungen nach Maßgabe des Vertrages.
- (2) Ziel ist, eine fachübergreifende Machbarkeitsuntersuchung der planungs-, verkehrs-, wasser-, umwelt- und bautechnischen sowie genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen durchzuführen und die Ergebnisse in einem gesamtheitlichen Entwicklungs- und

Erschließungskonzepts (EEK) einschließlich Ableitung tragfähiger konzeptioneller Lösungsansätze sowie Aufstellen zugehöriger Kosten- und Terminrahmen als Grundlage für weitere Planungs- und Entscheidungsprozesse nachvollziehbar zusammenzuführen.

§ 2 Vertragsbestandteile und Grundlagen der Bearbeitung

(3) Vertragsbestandteile sind, bei durch Auslegung nicht aufzulösenden Widersprüchen in nachstehender Rangfolge:

- a. die Bestimmungen dieses Vertrages,
- b. die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (Anlage 1),
- c. die Planungsanforderungen des AG gemäß Anlage 2
- d. das Leistungsverzeichnis/ Honorarformblatt (Anlage 3)
- e. das Personalkonzept des AN (Anlage 4)
- f. das Leistungskonzept des AN (Anlage 5)
- g. die Liste der Grundlagen für die Bearbeitung der Planungsleistungen (Anlage 6)
- h. die Liste der Nachunternehmer:innen (Anlage 7)
- i. soweit dieser Vertrag und die vorstehenden Vertragsbestandteile keine besonderen Regelungen enthalten, die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung sowie die gesetzlichen Regelungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB).

Das Personalkonzept sowie das Leistungskonzept werden nur mit der Maßgabe Vertragsbestandteile, dass im Falle von Widersprüchen alle anderen Vertragsbestandteile vorgehen. Etwaige Einschränkungen bzw. negative Abweichungen in den Konzepten gegenüber den anderen Vertragsbestandteilen werden nicht Vertragsinhalt und sind gegenstandslos.

- (4) Als Grundlagen für die Bearbeitung der Planungsleistung werden die in der Anlage 6 aufgeführten Unterlagen zur Verfügung gestellt.
- (5) Der AN erklärt, dass er sich über das Bauvorhaben, Vertragsbestandteile und die Grundlagen der Bearbeitung umfassend und ausreichend informiert hat. Er hatte vor dem Abschluss dieses Vertrages Gelegenheit zur Klärung offener Fragen. Er hat die vorstehenden Unterlagen vor Abschluss dieses Vertrages insbesondere bezogen auf Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit und Richtigkeit überprüft.

§ 3 Beschaffenheit des Werkes

Der vom AN geschuldete werkvertragliche Erfolg umfasst insbesondere die Einhaltung folgender Vorgaben, die der AN zur mangelfreien Erbringung der geschuldeten Leistungen zu erbringen hat:

- die Einhaltung und planerische Umsetzung der Planungsanforderungen des AG gemäß Anlage 2
- die Berücksichtigung der planerischen Grundlagen (Anlage 6)
- die Umsetzung der Anforderungen an die örtlichen Verhältnisse,

- die Einhaltung der planerischen Vorgaben der Freien und Hansestadt Hamburg,
- die Einhaltung sämtlicher für das Vorhaben einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen,
- die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der (Bau-)Technik sowie die sonstigen für das Vorhaben einschlägigen technischen Vorschriften, Regelungen und Bestimmungen,
- die Erstellung genehmigungsfähiger Konzepte,
- die Erstellung wirtschaftlicher, ökologischer und nachhaltiger Konzepte

§ 4 Leistungen des AN

- (1) Die Leistungspflicht des AN umfasst nach Maßgabe des Leistungsverzeichnis/ Honorarformblatt gemäß Anlage 3 die Leistungen der nachstehend aufgeführten Fachplanungen (Fachdisziplinen). Dies gilt insbesondere für:

- Darstellung und Bewertungen zum Planrecht
- Fortschreibung Konzept verkehrliche Erschließung (Straße)
- Konzept verkehrliche Erschließung (Wasserwege)
- Konzept technische Erschließung (Medien, Ver- und Entsorgung)
- hydrologische Bewertung
- Bewertung Geländesicherung Uferbauwerke, Untersuchung Verschlickung
- Ingenieur- und Erdbau - Verfüllung Dockbereich
- bauphysikalische Überprüfung (Bauphysikkonzept)

Darüber hinaus sind vom Auftragnehmer übergeordnete Koordinierungs- und Steuerungsleistungen und die Zusammenfassung der Ergebnisse sowie das Erarbeiten und Übergabe eines gesamtheitlichen, integrierten Entwicklungs- und Erschließungskonzeptes durchzuführen bzw. zu erbringen. Im Zuge der Leistungserbringung sind auch Leistungen Dritter beteiligter Planer mit in das Entwicklungs- und Erschließungskonzept durch den AN zu integrieren.

Die Leistungspflicht umfasst ebenso die weiteren, dem AN in diesem Vertrag übertragenen, Leistungen.

- (2) Der AN hat alle Leistungen zu erbringen, bis eine vollständige Planung vorliegt, die sowohl in sich als auch mit den weiteren Planungen koordiniert ist. Hierzu hat er alle Planungs- und sonstigen Leistungen zu erbringen, die für die Erstellung der ihm in diesem Vertrag übertragenen Planung erforderlich sind. Der AN hat insbesondere alle in diesem Vertrag aufgeführten Leistungen und alle erforderlichen sowie alle üblichen Leistungen zu erbringen.
- (3) Der AN hat im Rahmen des werkvertraglich geschuldeten Gesamterfolges sämtliche beauftragte Grund-, besonderen und zusätzlichen Leistungen zu erbringen. Die beauftragten Leistungen werden daher im Sinne selbständiger, von der Erzielung des Gesamterfolges unabhängig zu erbringender Einzelleistungen geschuldet.
- (4) Der AG ist berechtigt, Änderungen anzuordnen. Das Änderungsanordnungsrecht umfasst insbesondere den Leistungsumfang und die Leistungsziele.

§ 5 entfällt

§ 6 Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

- (1) Die ReGe Hamburg GmbH (nachfolgend "ReGe") nimmt für dieses Bauvorhaben die Bauherren- und Projektmanagementaufgaben wahr. Sie wird den AG im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben, insbesondere gegenüber dem AN, umfassend vertreten.
- (2) Der AN wird die in seinem Personalkonzept (Anlage 4) benannten Mitarbeitenden als Projektteam einsetzen. Der AN steht dafür ein, dass die in seinem Personalkonzept benannten Mitarbeitenden die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen ordnungsgemäß erbringen können. Insbesondere kann der AN keine Ansprüche auf zusätzliche Vergütung geltend machen, wenn sich herausstellen sollte, dass zusätzliches Personal erforderlich ist, um die Leistungen erbringen zu können, soweit dies nicht auf Gründe zurückzuführen ist, die der AN nicht zu vertreten hat.
- (3) Die Projektleitung und ihre Stellvertretung müssen für die Leistungen aus diesem Vertrag umfassend zu Verfügung stehen, während der Arbeitszeiten ständig erreichbar sein und die Arbeiten tatsächlich selbst leiten. Sie sind die vorrangigen Ansprechpartner des AGs, soweit dieser nicht etwas anderes bestimmt. Sie sind für den AN jeweils alleinvertretungsberechtigt. Vom AN werden als Projektleitung Herr/Frau **XXX** und als stellvertretende Projektleitung Herr/Frau **XXX** benannt.
- (4) Der AN darf die Projektleitung und ihre Stellvertretung nur mit schriftlicher Zustimmung des AGs ablösen. Der AG ist zur Zustimmung nur verpflichtet, wenn für die Ablösung ein wichtiger Grund besteht und eine nachweislich mindestens ebenso qualifizierte Person an deren Stelle tritt. Anderenfalls ist der AG zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages sowie zur Geltendmachung weiterer Ansprüche berechtigt.
- (5) Wenn ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, kann der AG die unverzügliche Ersetzung der Projektleitung und ihrer Stellvertretung verlangen.
- (6) Im Übrigen wird der AN die ihm nach dem Vertrag übertragenen Leistungen selbst bzw. mit den in Anlage 7 genannten Subplanern für die jeweiligen Fachplanungen erbringen. Mit Vertragsschluss müssen alle Subplaner für die in § 4 aufgeführten Leistungsbilder feststehen und in der Anlage 7 aufgeführt sein. Der AN ist nicht berechtigt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG (E-Mail ist ausreichend), weitere Dritte mit der Erbringung von Leistungen im Rahmen dieses Vertrages zu beauftragen oder die benannten Subplaner auszutauschen.
- (7) Der AN ist zur umfassenden Koordination verpflichtet. Seine Koordinationspflicht umfasst insbesondere die zeitliche und inhaltliche Koordination der eigenen Leistungen mit den Leistungen der weiteren Planungsbeteiligten, sowie die Koordination der Leistungen von weiteren Fachplanern und Gutachtern untereinander. Der AN hat alle Schnittstellen vorausschauend und pro-aktiv zu organisieren, zu kontrollieren und dafür Sorge zu tragen, dass sich aus Schnittstellen zwischen den Planungsbeteiligten keine terminlichen, kostenmäßigen oder sonstigen negativen Auswirkungen auf die Projektziele ergeben, die durch eine ordnungsgemäße Koordination vermieden werden können.
- (8) Soweit für die Erbringung der dem AN im Rahmen dieses Vertrages übertragenen Leistungen Entscheidungen, Freigaben oder sonstige Mitwirkungshandlungen des AG erfolgen müssen, hat der AN den AG hierauf rechtzeitig hinzuweisen und - falls im Einzelfall

erforderlich oder vom AG verlangt - (Entscheidungs-) Vorlagen zu fertigen, die so rechtzeitig vorzulegen sind, dass dem AG eine angemessene Prüffrist verbleibt. Die Freigabe und/oder Prüfung der Unterlagen und Pläne des AN durch den AG oder dessen Beauftragte lassen die Haftung des AN für die vertragsgemäße Erfüllung seiner Leistungen nach diesem Vertrag unberührt.

- (9) Der AN schuldet die Teilnahme an sämtlichen, von dem AG oder Dritten einberufenen Besprechungen. Eine Begrenzung der Anzahl von Besprechungen im üblichen Rahmen ist nicht vereinbart. Soweit der AN Besprechungen mit Behörden und in deren Auftrag tätiger Institutionen durchführt, wird er den AG hierüber rechtzeitig informieren und ihm die Teilnahme an diesen Besprechungen ermöglichen. Der AN ist verpflichtet, an allen von dem AG einberufenen Planungsbesprechungen mit seiner Projektleitung teilzunehmen.

§ 7 Termine und Terminplanung

- (1) Für die mit diesem Vertrag übertragenen Leistungen gelten die nachfolgenden Fristen und Termine als Vertragsfristen:
1. Die Leistungen sind unmittelbar nach Beauftragung voraussichtlich am **21.09.2026** zu beginnen.
 2. Die Übergabe des Vorabzugs des Entwicklungs- und Erschließungskonzeptes inkl. Kostenschätzung und Terminrahmen an den AG soll spätestens am **09.03.2027** erfolgen.
- (2) Die Gesamtleistung ist am **30.04.2027** abzuschließen. Der AN hat die Terminplanung so zu erstellen und mit den weiteren Planungsbeteiligten und dem AG abzustimmen, dass die in diesem Vertrag vereinbarten Termine eingehalten werden. Der AN hat dazu binnen vier Wochen nach Auftragsvergabe einen Planungsterminplan (Detailterminplan als Balkendiagramm mit verknüpften Zeileninhalten) zu erstellen und diesen über die Vertragslaufzeit hinweg regelmäßig fortzuschreiben und mit dem AG abzustimmen und ihm zu übergeben (sowohl als „native file“ .mpp oder gleichwertig als auch als PDF).
- (3) Der AN hat den AG auf erkennbare Verzögerungen der Einhaltung der vertraglichen Fristen unverzüglich schriftlich (E-Mail ist ausreichend) hinzuweisen. Soweit der AN keine Verzögerungen ankündigt, kann sich der AG darauf verlassen, dass die jeweiligen Termine in ihrer Durchführung nicht gefährdet sind. Um dem AG eine Terminkontrolle zu ermöglichen, ist der AN verpflichtet, dem AG regelmäßig (einmal monatlich jeweils in der ersten Woche des Monats) Terminkontrollberichte im Sinne eines Soll-Ist-Vergleichs nebst Erläuterungen vorzulegen.
- (4) Zu den für den AN verbindlichen Vertragsfristen gehören auch alle Termine und Fristen, die von dem AG oder mit dessen ausdrücklicher Zustimmung im Rahmen von Besprechungen oder in Ablaufplänen festgelegt werden, es sei denn, diese entsprechen nicht billigem Ermessen.

§ 8 Honorar

- (1) Auf Grundlage des Leistungsverzeichnisses/Honorarformblatts beträgt das pauschale Honorar für Grundleistungen, besonderen und zusätzlichen Leistungen inkl. Nebenkosten [...] Euro zzgl. Ust.
- (2) Solange die für die Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge der Kostenberechnung nicht feststehen, tritt für die Bemessung von Abschlagszahlungen an deren Stelle der Kostenrahmen bzw. die Kostenschätzung. Entsprechendes gilt, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.
- (3) Mit den Honoraren für die Grundleistungen sowie die besonderen und zusätzlichen Leistungen und dem Nebenkostenzuschlag sind jeweils sämtliche nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen vollständig abgegolten. Mit abgegolten sind auch alle Leistungen, die der AN vor Vertragsschluss erbracht hat.
- (4) Verlangt der AG zusätzliche, nach diesem Vertrag nicht geschuldete Leistungen oder Wiederholungen von bereits vertragskonform fertiggestellten und freigegebenen Leistungen oder sonstige Änderungen zu den in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen (nachfolgend zusammen auch „Leistungsänderungen“) oder spricht er eine Anordnung aus gilt § 650q Abs. 1 iVm. § 650b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen:
 - Wenn nach § 650b Abs. 1 BGB ein Angebot über die Mehr- und Mindervergütung vorzulegen ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber ein prüfbares Angebot binnen 14 Kalendertagen nach Erhalt des Änderungsbegehrens in Textform vorzulegen.
 - Die Kosten der Angebotserstellung in üblichem Maß trägt der Auftragnehmer. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber das Angebot des Auftragnehmers nicht annimmt oder von der Leistungsänderung ganz oder teilweise Abstand nimmt.
 - Eine Einigung der Parteien über die geänderte, zusätzliche oder Wiederholungsleistung bedarf der Schriftform in Form einer Nachtragsbeauftragung durch den AG.
 - Jegliche Anordnung einer Leistungsänderung muss zu Ihrer Wirksamkeit schriftlich durch ein unterzeichnetes Anschreiben erfolgen. Nicht ausreichend ist insbesondere die Erwähnung in Protokollen von Planungs- oder Baubesprechungen.
 - Die Vergütungsanpassung für den Fall von Änderungen des Vertrags richtet nach der schriftlichen Vereinbarung und im Falle von Nichteinigung und Anordnung nach § 650q Abs. 2 BGB mit der Maßgabe, dass für Leistungen, die nicht der HOAI unterfallen die vereinbarten Stundensätzen Grundlage der Ermittlung des tatsächlich erforderlichen Aufwandes sind.
- (5) Es wird klargestellt, dass für Leistungen, die durch einen Mangel oder eine sonstige Vertragsverletzung des AN erforderlich werden (insbesondere Wiederholungen von Leistungen), von dem AN eine Honoraranpassung nicht verlangt werden kann. Es wird klargestellt, dass im Zusammenhang mit Anpassungen der Leistungen oder der Leistungsziele, die sich aus dem dynamischen Planungsprozess ergeben, eine Honoraranpassung von dem AN nicht verlangt werden kann.
- (6) Eine Anpassung des Honorars wegen etwaiger Verlängerungen der in diesem Vertrag festgelegten Leistungszeiten kann der AN nur verlangen, wenn sich die Gesamtleistungszeit für die Leistungen einer Stufe um mehr als 12 Monate gegenüber der in § 7 für diese Stufe vorgesehenen Gesamtleistungszeit bzw. für die Leistungen der Bauoberleitung gegenüber der Gesamtbauzeit verlängert, ohne dass dies von dem AN zu vertreten ist. Hat der AN einen Anspruch auf eine Anpassung der Vergütung wegen Verlängerungen der

Leistungszeiten, berechnet sich diese nach dem durch die Verlängerung entstandenen nachgewiesenen Mehraufwand.

- (7) Leistungen nach Zeithonorar können nur dann gefordert werden, wenn sie in diesem Vertrag vereinbart sind oder das Zeithonorar vor der Ausführung der jeweiligen Leistung mit dem AG gesondert schriftlich vereinbart worden ist. Soweit Leistungen nach Zeithonorar abzurechnen sind, gelten die Netto-Stundensätze gemäß Leistungsverzeichnis/Honorarformblatt/. Mit den Stundensätzen sind Nebenleistungen sowie der Einsatz von Hilfspersonal abgegolten.
- (8) Ihre Honorarrechnungen senden Sie bitte per Mail an rechnung@rege-hamburg.de mit folgender Rechnungsadresse:

Freie und Hansestadt Hamburg (FHH)
Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG)
Millerntorplatz 1
20359 Hamburg

c/o ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH
Überseeallee 1
20457 Hamburg

§ 9 Haftung, Versicherung

- (1) Die Haftung und die Verjährung von Ansprüchen gegen den AN richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung nach § 11 AVB (Anlage 1) müssen mindestens betragen:
- für Personenschäden 2.000.000 Euro
 - für sonstige Schäden 2.000.000 Euro

§ 10 Ergänzende Vereinbarungen

- (1) Der AG ist berechtigt, sämtliche Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag mit Zustimmung des AN auf einen Dritten zu übertragen. Der AN kann die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern.
- (2) Entfällt
- (3) Der AN ist darüber hinaus verpflichtet, den gesamten Planaustausch und Schriftverkehr mit den anderen an der Planung Beteiligten, dem/den Bauunternehmen sowie dem AG über einen Dokumenten- und Planserver (AG-seitige Bereitstellung z.B. MS sharepoint) durchzuführen. Dabei sind folgende Dateiformate zu verwenden:
- Tabellen: MS-Excel
 - Texte: MS-Word
 - Zeichnungen: DWG und PLT Format

- Leistungsverzeichnisses im GAEB Format
 - Präsentationen : MS-Powerpoint
 - Alle Dokumente zusätzlich jeweils im PDF Format.
- (4) Der AN ist verpflichtet, dem AG unaufgefordert die Planungsergebnisse, wesentlichen Zwischenschritte und Planungsgrundlagen in der vorbezeichneten digitalen Form zu übergeben.
- (5) Im Übrigen hat der AN dem AG die im Zusammenhang mit dem Vertragsgegenstand angefertigten Pläne und Unterlagen auf Verlangen jederzeit in der von dem AG bestimmten Form herauszugeben.

§ 11 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages, einschließlich dieser Bestimmung, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen oder vergleichbare Bedingungen der/des AN werden ausdrücklich ausgeschlossen, und zwar auch dann, wenn sich der AN im zukünftigen oder vergangenen Schriftverkehr darauf bezieht oder darauf hinweist bzw. darauf bezogen oder hingewiesen hat.
- (3) Sofern und soweit eine der Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden sollte, bleiben die anderen Bestimmungen dieses Vertrages hiervon unberührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Gehalt der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soweit rechtlich zulässig oder tatsächlich möglich nahe kommt. Entsprechendes gilt, falls sich eine ergänzungsbedürftige Regelungslücke in diesem Vertrag ergeben sollte, die nach dem erkennbaren Willen der Parteien geregelt werden sollte.

Hamburg, den

Hamburg, den

AN

AG

Anlagen:

- | | |
|----------|---------------------------------------|
| Anlage 1 | AVB für freiberufliche Leistungen |
| Anlage 2 | Planungsanforderungen |
| Anlage 3 | Leistungsverzeichnis/Honorarformblatt |
| Anlage 4 | Personalkonzept |

Anlage 5	Leistungskonzept
Anlage 6	Liste Grundlagen für die Bearbeitung der Planungsleistung
Anlage 7	Liste Nachunternehmer:innen

Die vorstehenden Anlagen werden diesem Vertrag nicht in Papierform beigelegt, sondern nach Zuschlagserteilung auf einer einmalig beschreibbaren DVD gespeichert. Beide Parteien erhalten jeweils eine von der Submissionsstelle paraphierte Originalausfertigung der DVD bzw. Stick.